

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (2006)
Heft: 4: Neue AKWs : Retter fürs Klima oder Auslaufmodell?

Artikel: Der Weg zu einer klimaverträglichen Schweiz
Autor: Borner, Sybille
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586916>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Weg zu einer klimaverträglichen Schweiz

Das Klima heizt sich weltweit auf, die Auswirkungen sind bereits heute gravierend. Greenpeace-Experte Alexander Hauri warnt: «Die Pflicht heisst, unter 2 Grad zu bleiben.» Um die Klimaerwärmung unter zwei Grad zu halten, darf die Konzentration an Treibhausgasen keinesfalls weiter steigen. Im Gegenteil: Sie muss sinken. Der Instrumentenkatalog im Klima-Masterplan zeigt auf, wie sich diese Ziele erreichen lassen.



Von Sybille Borner
Analystin, s.borner@freesurf.ch

Am 24. August 2006 stellte die «Allianz für eine verantwortungsvolle Klimapolitik» in Bern ihren Klima-Masterplan vor. Die Allianz, ein Zusammenschluss von 51 Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Konsumentenschutz, Fachverbänden, Politik, Gewerkschaften und Hilfswerke mit total 1,8 Millionen Mitgliedern, fordert mit ihrem Manifest eine aktive und nachhaltige Klimapolitik. Im Zentrum des Klima-Masterplans für die Schweiz stehen folgende Forderungen:

- Die Emissionen von Treibhausgasen müssen gegenüber dem Referenzjahr 1990 um 30 Prozent bis 2020 und um 90 Prozent bis 2050 sinken.
- Die Klimapolitik ist so zu gestalten, dass die maximale weltweite Erwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit unter 2 Grad Celsius bleibt (Mittelwert).
- Eine Emissionsrate von einer Tonne CO₂-Äquivalente¹ pro Person und Jahr muss erreicht werden.

¹ Die Menge eines Treibhausgases, welche die gleiche Klimawirksamkeit besitzt wie eine bestimmte Menge des Treibhausgases CO₂.



Der Klima-Masterplan weist den Weg zu einer klimaverträglichen Schweiz. Was derzeit fehlt, ist der politische Wille und die dazu notwendige Weitsicht...

- Die 2000-Watt-Gesellschaft ist als Ziel gesetzlich zu verankern.

Das Manifest der Klima-Allianz wurde dem UVEK zu Händen des Bundesrates übergeben.

Die klimapolitischen Instrumente und ihre Wirkungsfelder

Die Hauptforderung der Klima-Allianz ist die Einführung einer Lenkungsabgabe auf nicht CO₂-neutralen Brenn- und Treibstoffen sowie auf prozessbedingten CO₂-

Emissionen (beispielsweise in der Zementherstellung). Eine Lenkungsabgabe beeinflusst das Verhalten der Bevölkerung und der Wirtschaft, indem sie Investitionsentscheide hin zu sauberen Energieträgern lenkt und die Energieverschwendung verteuert. Die Lenkungsabgabe ist in allen Sektoren wirksam und mit einem Reduktionspotenzial von 8,2 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten jährlich auch das wirksamste Instrument. Die Einnahmen aus der Lenkungsabgabe sollen an die Bevölkerung respektive an die Wirtschaft verteilt und zur Deckung der Kosten für die Einführung der Klimainstrumente verwendet werden.

Gebäude

Zusätzlich zur Lenkungsabgabe auf Brennstoffen sind im Gebäudebereich Instrumente nötig, die das Mieterinnen/Vermieter-Dilemma bei der Deckung der Energiekosten entschärfen. Ein steuerlicher Abzug von energetisch relevanten Sanierungen oder die Auflösung eines Erneuerungsfonds könnten Abhilfe schaffen. Ausserdem müsste die öffentliche Hand eine Vorbild- und Schrittmacherfunktion bezüglich klimafreundlicher Bauweise übernehmen.

Personenverkehr

Heutige Autos verbrauchen im Schnitt zwar weniger Treibstoff, das Verkehrsaufkommen und damit der Treibstoffverbrauch nehmen aber ständig zu. Da Abgaben auf Treibstoffe durch Tanken im Ausland umgangen werden können, ist eine Limitierung von verbrauchsintensiven Autos mittels handelbaren Lizenzen notwendig. Daneben müssen Siedlungen in Zukunft so geplant und optimiert werden, dass sie möglichst wenig Verkehr erzeugen.

Flugverkehr

Die Treibstoffbesteuerung ist im Flugverkehr nur schwer durchsetzbar, da dieser durch zahlreiche internationale Vereinbarungen geregelt ist. Die EU beabsichtigt aber, den Flugverkehr in ein Emissionshandelssystem einzubinden – unter erwünschter Beteiligung der Schweiz.

Industrie und Gewerbe

Kurze Rückzahlungsfristen für Investitionen verhindern oft Massnahmen zur Senkung des Energieverbrauches oder der Emissionen, da sich diese häufig erst längerfristig auszahlen. Eine Lenkungsabgabe würde die Investitionsanreize klimafreundlicher gestalten. Neben den direkten und den prozessbedingten CO₂-Emissionen sollten andere Treibhausgase ebenfalls der Lenkungsabgabe unterstellt werden.

Verbrauch und Produktion von Elektrizität

Wegen der vergleichsweise tiefen Strompreise erfolgen in der Regel weder die Auswahl noch die Entwicklung von Haushaltgeräten und Beleuchtungen nach Verbrauchskriterien. Mit einer Lenkungsabgabe würde dieser Aspekt stärker gewichtet. Daneben braucht es verbindliche Ziele, um den exorbitanten Standby-Verbrauch zu senken. Ausserdem soll die Nutzung erneuerbarer Energien durch eine kostendeckende Einspeisevergütung gefördert werden.

Güterverkehr

Neben der Einführung einer Lenkungsabgabe würde auch die Erhöhung der Schwerverkehrsabgabe LSVA zu einer Reduktion und Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene führen. Generelle Geschwindigkeitsbeschränkungen und die Stabilisierung der verfügbaren Verkehrsflächen sind weitere wirksame Instrumente.

Abfälle

Die Nutzung von Kehrrichtverbrennungsanlagen (KVA) zur Erzeugung von Strom und Fernwärme soll weiter ausgebaut und deren Effizienz erhöht werden. Vorgezogene Recyclinggebühren und mengenbezogene Abfallgebühren sind geeignete Instrumente, um Ressourcen zu schonen und Abfälle zu vermeiden.

Land- und Forstwirtschaft

Bislang orientieren sich die Bewirtschaftungsmethoden nicht an der Klimapolitik. Eine Möglichkeit wäre, die Anreizstrukturen zur Minderung von Treibhausgasemissionen, insbesondere aus der Tierhaltung, mit den heutigen Beiragsystemen zu kombinieren. Bezüglich der Forstwirtschaft steht die Aufforstung bisher waldfreier Flächen zur Bildung von CO₂-Senken im Vordergrund.

AKTUELL

Klimagipfel Nairobi

Wohl in keinem anderen Bereich der Weltpolitik ist die Kluft zwischen Handlungsbedarf und konkretem Tun grösser als in der Klimapolitik. Nachdem die Wissenschaft seit Jahren zum Handeln aufruft, Al Gore das Problem in die Kinos brachte und nun auch ein Chefökonom (Sir Stern) uns vorgerechnet hat, dass die Verminderung von Treibhausgas-Emissionen viel billiger ist als die Bekämpfung der damit verbundenen Klima-Schäden, hätten wir von Nairobi etwas erwarten dürfen.

Aber einzig in der Problemanalyse waren sich die 6000 VertreterInnen aus 189 Staaten einig: Um das Klima zu stabilisieren, müssen die Treibhausgas-Emissionen bis 2050 um 50% reduziert werden. Viel weiter kam man bei den Reduktionszielen nicht. Die Weltgeister scheiden sich vor allem am «wer wie viel» und «wer zuerst» reduzieren muss. Die Entwicklungsländer sehen nach wie vor, und zu Recht, eine «historische Schuld» bei den Industriestaaten. Indien und Brasilien wollen zuerst die Wirkung des Kyoto-Protokolls abwarten, und die USA, Australien und China stellen ihre Wettbewerbsfähigkeit noch immer vor den Klimaschutz. Wenigstens waren sich die 165 Kyoto-Länder darin einig, dass es nach 2012 ein Nachfolge-Protokoll mit «kyoto-ähnlicher Architektur» geben soll.

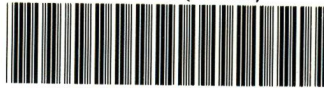
Statt das Problem an der Wurzel zu packen und neue Reduktionsziele für die Industriestaaten zu diskutieren, hat man in Nairobi viel über die Anpassung an die Klimaerwärmung und deren Finanzierung diskutiert. Der von Kofi Annan vorgeschlagene «Nairobi-Aktionsplan für Massnahmen zum Schutz vor Klimakatastrophen» wurde angenommen. Das heisst, die verursachenden Industriestaaten bezahlen den darunter leidenden Entwicklungsländern einen Batzen an die Folgen der Klimaerwärmung. Ganze 250 Millionen Dollar sollen bis 2020 für die Entwicklungsländer bereitgestellt werden. Das ist ein Klacks. Da hört sich der löbliche Vorschlag unseres Umweltministers für eine internationale CO₂-Abgabe eher wie eine Vision fürs nächste Jahrtausend an. Da können wir nur hoffen, dass es in der Schweiz nicht mehr ganz so lange dauert.

Es fehlt der politische Wille

Wird der Forderungskatalog wie vorgeschlagen umgesetzt, sinken die Emissionen bis 2025 bereits um über 60 Prozent gegenüber dem heutigen Stand.

Dafür notwendig ist allerdings eine rare Ressource, der politische Wille.

SOZARCH (Zürich)



EM000005990676

Schweizerische
Energie-Stiftung
Sihlquai 67
8005 Zürich
Tel. 044 271 54 64
Fax 044 273 03 69
info@energiestiftung.ch
www.energiestiftung.ch
PC 80-3230-3

AZB
P.P. / Journal
CH-8005 Zürich

009030
181
Schweiz. Sozialarchiv
Stadelhoferstr. 12
8001 Zürich

WETTBEWERB

E&U-Abo zu gewinnen

**Wie viele von 192 Ländern kommen
ohne Atomkraftwerke aus?**

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------------|
| ☐ 63 Länder | ☐ 103 Länder |
| ☐ 161 Länder | ☐ 173 Länder |

Bei richtiger Antwort schenken wir Ihnen ein E&U-Jahresabo zum Weiterschicken.

Adresse des Beschenkten:

Anrede

Vorname/Name

Strasse

Postfach

PLZ/Ort

Bitte kreuzen Sie die richtige Anzahl an und retournieren Sie den Talon per Post oder Fax an:
SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich, Fax 044 273 03 69